

Gastbeitrag

Um gegen Putin und Xi zu bestehen, muss die EU die „Mutter aller Probleme“ lösen

Teilen



Staatenlinker: Der russische Präsident Wladimir Putin empfängt in Moskau den chinesischen Präsidenten Xi Jinping. dpa/Sergei Chirikov

FOCUS-Online-Gastautor **Klemens Joos**

Mittwoch, 22.06.2022, 12:11

Es ist die „Mutter aller Probleme“ für die EU: Bei den wichtigsten Themen kann sie nach wie vor nur einstimmig entscheiden. Die Union muss jetzt ihre Regierungsfähigkeit drastisch verbessern, will sie auf Augenhöhe mit den gewaltigen Herausforderungen, aber auch mit den anderen Big Playern wie den USA und China kommen und besser auf Krisen wie den Ukraine-Krieg reagieren können.

Wer die aktuellen Probleme der Europäischen Union (EU) besser verstehen und zur einzig richtigen Lösung finden will, sollte sich mit der Geschichte des Patentschutzes beschäftigen. Schon Anfang der 70er Jahre wurde klar, dass auf Dauer kein Weg an einem EU-weit geltenden Einheitspatent vorbeiführt, erste Verhandlungen wurden geführt. Doch erst ein halbes Jahrhundert später – am 19. Januar 2022 – konnte EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton **in Brüssel** erleichtert den Startschuss geben.

Lissabon-Vertrag leitete die Wende ein

Sicher ein besonders krasses Beispiel für den EU-Hindernismarathon zu wichtigen Reformen. Dessen Ursachen sind vielfältig, aber das entscheidende Hemmnis für eine Einigung war über Jahrzehnte das Prinzip der Einstimmigkeit, dem zufolge jeder Mitgliedstaat mit einem Veto aus seiner Sicht unliebsame Reformen oder Beschlüsse verhindern kann.

Über den Gastautor

Prof. Dr. Klemens Joos lehrt an der Technischen Universität **München** und ist Gründer der international tätigen Münchner EU Politik- und Unternehmensberatung EUTOP



Prof. Dr. Klemens Joos, EU-Experte und TUM-Honoraryprofessor

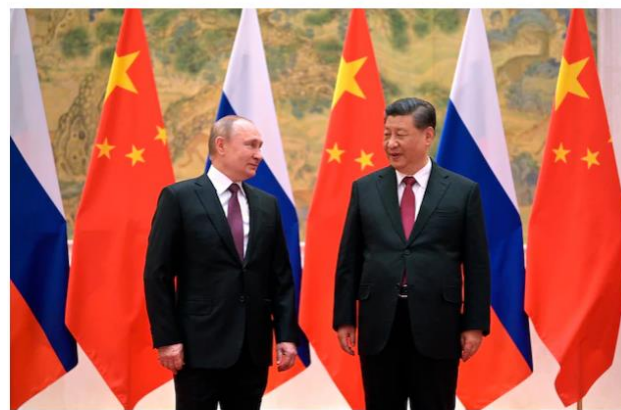
Nadine Stegemann

Erst der zum 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag **von Lissabon** leitete die Wende ein, weil darin das Instrument der „Verstärkten Zusammenarbeit“ auch im Bereich des Binnenmarktes und damit beim Patentschutz angewendet werden durfte. Es sieht vor, dass EU-Mitgliedstaaten eine „Koalition der Willigen“ (Mindestteilnehmer-Zahl: neun) bilden und einen Rechtsakt nur in ihren Ländern einführen dürfen, wenn sich trotz aller Bemühungen nicht alle EU-Staaten darauf verständigen können.

„Mutter aller Probleme“ wird der EU zu schaffen machen

Was ich damit sagen will: Das in Teilen immer noch bestehende Prinzip der Einstimmigkeit hängt der EU auf dem Weg in die Zukunft wie ein Mühlstein um den Hals. Die großen Krisen der EU – Ukraine, Flüchtlinge, Euro – haben ihr Ansehen bei den Bürgern stark beschädigt und die Bedeutung der Mitgliedstaaten gestärkt. Und genau bei diesen Themen – Außen- und Sicherheitspolitik, Außengrenze, Haushalt/Währung – kann die EU nach wie vor nur einstimmig, also mit Zustimmung aller Mitglieder entscheiden. Es liegt aber auf der Hand, dass 27 EU-Mitgliedstaaten sich in aller Regel nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können, wenn überhaupt.

Diese „Mutter aller Probleme“ wird der EU auch in den kommenden Monaten bei der Bewältigung der Folgen der **Ukraine-Krise** zu schaffen machen. Das teilweise Scheitern, sich auf ein rasches Erdöl-Embargo gegen den Aggressor Russland zu verständigen, bietet da nur einen Vorgeschmack. Beim Öl scherte **Ungarns** Viktor Orbán aus, beim Erdgas sind bis auf weiteres auch die Deutschen nicht zum Embargo bereit – zu groß ist die Abhängigkeit. Nicht einmal in der Frage, ob man mit dem **russischen** Präsidenten **Wladimir Putin** noch telefonieren darf, finden die EU-Staaten zu einer gemeinsamen Position.

Russland wird zum Vasall **Chinas**: Der russische Präsident Wladimir Putin und der chinesische Staatspräsident Xi Jinping. Alexei Druzhinin/Pool Sputniko Go

Und sollte die Euro-Krise tatsächlich zurückkehren, wie manche Ökonomen befürchten, weil überschuldete Euro-Mitgliedstaaten wie **Italien** oder **Griechenland** mit massiven Zinsaufschlägen für neue Kredite nicht leben können, dann wäre die EU oder auch die Euro-Gruppe erneut überfordert.

Für Augenhöhe mit USA und China muss EU Regierungsfähigkeit stärken

Aus all dem folgt: Die Union muss ihre „Governance“, ihre Regierungsfähigkeit und damit ihre Handlungsfähigkeit drastisch verbessern, will sie auf Augenhöhe mit den gewaltigen Herausforderungen, aber auch mit den anderen Big Playern wie den USA und China kommen. Dies gilt umso mehr, als mit der Ukraine, Moldau und den Staaten des Westbalkans eine neue Erweiterungsrunde ansteht. Eine EU mit mehr als 30 Mitgliedstaaten – von der belarussischen Grenze bis zum Atlantik, von der Nordsee bis zum Mittelmeer – wird sonst zum Dinosaurier der Weltgeschichte. Es geht aber zugleich darum, dass die EU von ihren Bürgern wieder mehr Zustimmung erfährt. Ihre größten Erfolge – Abschaffung der Grenzen, Freihandel und gemeinsame Währung – sind zur Selbstverständlichkeit geworden.

Es geht also um eine Reform der Union an Haupt und Gliedern. Denn mit dem Vertrag von Lissabon wurde leider nur die Hälfte des Wegs zur Schaffung der Vereinigten Staaten **von Europa** (VSE) zurückgelegt. 2009 war das übrigens ein großer Erfolg, war doch zuvor der Versuch, der EU eine Verfassung zu geben, an Referenden **in Frankreich** und den **Niederlanden** gescheitert. Erhebliche Teile des Verfassungsentwurfs wurden im Lissaboner Vertrag umgesetzt. Dieser Prozess muss nun vollendet werden.



Die EU-Abgeordneten stimmen im zweiten Anlauf über einen Teil des EU-Klimapakets ab (Archivbild). Michael Kappeler/dpa

Stärkung der Rolle der Europäischen Kommission als Regierung der EU

Dazu gehört für mich eine Stärkung der Rolle der Europäischen Kommission als Regierung der EU. Künftig sollte das Europäische Parlament eine Präsidentin/einen Präsidenten vorschlagen, der sich dann ein Kabinett unabhängig von den Wünschen der Mitgliedstaaten zusammenstellt, das sich dann im Europäischen Parlament zur Wahl stellt.

Nicht wiederholen darf sich jedenfalls das Szenario von 2019, als die EVP mit Manfred Weber als Kandidat für den Präsidenten-Job die Europawahl gewinnt und anschließend die Staats- und Regierungschefs mit Ursula von der Leyen eine andere Lösung durchsetzen. Besser kann man das Demokratie-Defizit der EU nicht herausarbeiten. Die Zahl der Kommissare sollte sich künftig an der Zahl der sinnvollen Ressorts orientieren und nicht an der der Mitgliedstaaten. 30 Kommissare und mehr – das kann niemand wollen!

Denkbar wäre natürlich auch eine Direktwahl des Präsidenten der Europäischen Kommission in allen EU-Mitgliedstaaten. Voraussetzung dafür wäre ein Wahlgang in der gesamten EU statt der bisherigen getrennten Wahlen in jedem Mitgliedstaat. Dann würde es auch einen gesamteuropäischen Wahlkampf geben, der das Bewusstsein der Bürger, in einem vereinten Europa zu leben, erheblich stärken würde. Sollte den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten ein direkt gewählter Kommissionspräsident zu mächtig sein, weil er der Präsident aller EU-Bürger wäre, kann man sich auch für das deutsche System entscheiden: Präsident würde dann, wer im Europäischen Parlament eine Mehrheit erhält.

Rechte des Europäischen Parlaments müssen weiter gestärkt werden

Auch das Europäische Parlament müsste künftig aus einer Wahl in einem die gesamte EU umfassenden Wahlgebiet mit vereinten Wahllisten hervorgehen. Daran entscheidet sich, ob sich die Vision Winston Churchills von einem Bundesstaat Europa doch noch erfüllt oder ob die EU ein Staatenbund, ein Europa der Vaterländer (Charles de Gaulle) bleibt. Ganz unabhängig davon müssen die Rechte des Europäischen Parlaments weiter gestärkt werden, zum Beispiel beim Aufstellen des Haushalts der EU oder – ganz entscheidend – durch das Recht, Gesetzgebungsverfahren einleiten zu können. Bislang darf das nämlich nur die Europäische Kommission.

Wie bereits dargelegt, ist die weitgehende, wenn nicht gar vollständige Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips zugunsten qualifizierter Mehrheiten von zentraler Bedeutung für die Regierungsfähigkeit der EU. Diesem Prinzip haftet darüber hinaus ein erhebliches Demokratie-Defizit an. Denn während im Bundesrat jedes Bundesland über Stimmen entsprechend seiner Einwohnerzahl verfügt, hat im EU-Rat Malta dasselbe Stimmgewicht wie Deutschland oder Frankreich. Die Folge: 500.000 Malteser können u.a. in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Steuer- und Haushaltspolitik darüber entscheiden, was für rund 450 Millionen EU-Bürger richtig oder falsch ist.

Das sind die großen Reform-Räder. Doch auch kleine Stellschrauben können große Wirkung haben, zum Beispiel das Prinzip der Diskontinuität. Es besagt, dass mit der Konstituierung eines Parlaments nach Wahlen alle Gesetzentwürfe und Vorlagen neu eingebracht und verhandelt werden müssen, die in der abgelaufenen Legislaturperiode nicht beschlossen wurden. Das gilt für fast alle Parlamente der EU-Mitgliedstaaten, nicht aber für das Europäische Parlament. Was technokratisch klingt, hat aber eine erhebliche Auswirkung in der Politik. Denn wenn Politiker wissen, dass ein Vorhaben mit dem Ende der Legislaturperiode verfällt, beeilen sie sich in aller Regel, es vorher noch durch das Parlament zu bringen. Die Einführung des Grundsatzes der Diskontinuität könnte sich auf die Arbeit des Europäischen Parlaments also wie ein Turbo auswirken.

Macron: Zwang zur Einstimmigkeit in Schlüsselfragen macht keinen Sinn

Für die Zukunft der EU kommt dem Gipfeltreffen am Ende dieser Woche (23./24. Juni) in Brüssel zentrale Bedeutung zu. Denn der französische Präsident Emmanuel Macron, der derzeit den Ratsvorsitz innehat, will dort über grundsätzliche Reformen der EU diskutieren, nicht zuletzt über die Abschaffung des Einstimmigkeits-Prinzips in zentralen Fragen. Wenn die EU sich schneller entwickeln wolle, mache der Zwang zur Einstimmigkeit in Schlüsselfragen keinen Sinn, befand Macron Anfang Mai zum Abschluss der „Konferenz zur Zukunft Europas“ in Straßburg. „Ich befürworte eine institutionelle Reform.“

Einer der Wege zu dieser Reform ist die Einberufung eines Konvents zur Revision der Verträge“, unterstützte der Franzose die Forderung des Europäischen Parlaments, einen Verfassungskonvent einzuberufen. Für reformbedürftig hält Macron den Maastrichter Vertrag zum Euro und zu einer einheitlichen Geldpolitik oder das Schengen-Abkommen über den Wegfall der EU-Binnengrenzen. Und er möchte künftig generell europäische Investitionen durch europäische Schulden finanzieren.

Das gefällt bei weitem nicht allen in der EU: 13 Mitgliedstaaten, vor allem aus Nord- und Osteuropa, legten sogleich eine Anti-Reformschrift mit dem gewagten Titel „Wir haben bereits ein Europa, das funktioniert“ vor, in der institutionelle Reformen rundweg abgelehnt werden. Damit ist die Idee von der Einberufung eines Verfassungskonvents aber nicht gestorben. Denn dafür ist eben keine Einstimmigkeit der Staats- und Regierungschefs erforderlich, es reicht die einfache Mehrheit. Und was für die Reformer spricht: Ohne Überwindung der Governance-Krise droht dem historischen Projekt der Europäischen Union Lethargie und langsamer Abstieg. Die Welt wartet nicht auf die Europäische Union. Das wissen auch die Reformkritiker.

https://www.focus.de/politik/ausland/eu/gastbeitrag-nur-wenn-die-eu-die-mutter-aller-probleme-loest-kann-sie-gegen-putin-und-xi-bestehen_id_107982498.html

Abgerufen am 22.06.2022